6591 / 3.7.

Deutsche Demokratische Republik
Büro des Ministerpräsidenten

4. Juli 1990

zu Reg.Nr. 1632/
4.7.H.Hasse

Vfg.

1.
An den
Leiter des Bürgerkomitees
zur Auflösung des Amtes für
Nationale Sicherheit des
Bezirkes Karl-Marx-Stadt
Herrn Hasse
Henriettenstraße 4
Chemnitz
9005

Sehr geehrter Herr Hasse!

Ihr an den Ministerpräsident gerichtetes Schreiben sowie andere in gleicher Weise vor allem in den Medien veröffentlichten Positionen zur Berufung von Herrn Chefinspekteur Peter Müller zum Staatssekretär waren für den Ministerpräsidenten Anlaß, eine Überprüfung seiner Tätigkeit als ehemaliger Chef der BDVP Karl-Marx-Stadt/Chemnitz nach dem 7. Oktober 1989 einzuleiten.

Wie Sie zudem wissen, wurde Herr Peter Müller, dessen Berufung zum Staatssekretär auf Vorschlag der DSU und nach eingehender Beratung auf Beschluß des Ministerrates erfolgte, im Zusammenhang mit der vom Ministerpräsidenten veranlaßten Überprüfung durch den Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister des Innern, Herrn Dr. Diestel, vom Dienst beurlaubt.

Im Zuge der Untersuchungen, die nunmehr abgeschlossen sind, wurden zahlreiche Gespräche mit namhaften Persönlichkeiten, u.a. der Kirche, der CDU, der SPD sowie des Neuen Forums aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt/Chemnitz, geführt sowie neben dem Bericht des Unabhängigen Untersuchungsausschusses des Bezirkstages andere Dokumente, die auf die Tätigkeit von Herrn Staatssekretär Müller in seiner damaligen Eigenschaft als Chef der BDVP Bezug nehmen bzw. über sie Aufschluß geben, ausgewertet.

...

Kopie aus dem Bundesarchiv

Die Ergebnisse der Untersuchungen, deren Zusammenfassung ich Ihnen als Anlage übersende, stehen weder im Widerspruch zum Beschluß des Ministerrates über die Berufung von Herrn Peter Müller zum Staatssekretär, noch rechtfertigen sie die gegen ihn erhobenen Vorwürfe und schon gar nicht die Forderung, Herrn Peter Müller als Staatssekretär abzuberufen.

Da in Ihrem Schreiben auch die erfolgte Einstellung von ehemaligen Mitarbeitern des MfS/AfNS durch den damaligen Chef der BDVP Karl-Marx-Stadt angesprochen wurde, möchte ich Sie gleichfalls über die diesbezüglichen Ergebnisse der vom Ministerpräsidenten veranlaßten Überprüfung in Kenntnis setzen, wozu ich entsprechende Auszüge des Untersuchungsberichtes beifüge.

Hinzuzufügen sei noch, daß der Prozeß der notwendigen Übernahme bestimmter Aufgaben durch das MdI, wie sie durch Beschluß des Ministerrates in Übereinstimmung mit dem Runden Tisch festgelegt wurde, nunmehr abgeschlossen ist. Eine Konsequenz dessen ist, daß folglich auch keine Spezialisten oder andere ausgewählte Mitarbeiter des ehemaligen MfS mehr in die Organe des MdI übernommen werden können.

Was die gegen den Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister des Innern erhobenen Anschuldigungen betrifft, so kann der Ministerpräsident diese nicht teilen. Gerade bei der Bewältigung all jener Fragen, die mit der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS zusammenhängen, verfolgt Herr Dr. Diestel eine Politik, die der des Ministerrates entspricht und von ihm mitgetragen wird. Wiederholt hat dabei der Minister des Innern hervorgehoben und sich davon stets leiten lassen, daß Humanismus und Rechtsstaatlichkeit unverzichtbare Grundmaximen des Herangehens sein müssen.

Wie auch die Tätigkeit der berufenen Regierungskommission zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS, in der namhafte Persönlichkeiten mitwirken, zeigt, soll nicht zuletzt durch die Einbeziehung und enge Zusammenarbeit mit den Bürgerkomitees eine den Interessen der Menschen und dem inneren Frieden dieses Landes dienende Lösung aller mit der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS verbundenen Fragen erreicht werden.

...

Kopie aus dem Bundesarchiv

Erlauben Sie mir abschließend, Ihnen persönlich und allen im Bürgerkomitee mitarbeitenden Bürgern des Bezirkes Karl-Marx-Stadt/Chemnitz im Auftrag des Ministerpräsidenten für die geleistete engagierte, oft entbehrungsreiche Arbeit herzlichst zu danken und Ihnen weiterhin viel Erfolg zu wünschen.

Hochachtungsvoll

Dr. Obst
Persönl. Referent

Kopie aus dem Bundesarchiv